



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1953

F +49 30 2033-1955

wrst.mail@arbeitgeber.de

www.wrst.de

ISBN 978-3-938349-51-9

Solide Staatsfinanzen – die Finanzmarktkrise, ihre Folgen und ihre Lehren

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung der BDA
Band 49

Solide Staatsfinanzen – die Finanzmarktkrise, ihre Folgen und ihre Lehren

47. Kolloquium der Walter-Raymond-Stiftung
Berlin, 22. und 23. März 2009

Mit Beiträgen von
Clemens Fuest, Hans Peter Grüner, Johanna Hey, Karl Homann,
Hans-Jürgen Papier, Karl-Heinz Paqué und Thilo Sarrazin

einer Bilanz von
Dietrich Creutzburg

und der Eröffnung und dem Schlusswort von
Eckart John von Freyend,
Sprecher des Vorstandes der Walter-Raymond-Stiftung der BDA

Die Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung erscheinen im Verlag der



Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet unter <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Band 49: Solide Staatsfinanzen – die Finanzmarktkrise, ihre Folgen und ihre Lehren

Herausgeber: Walter-Raymond-Stiftung der BDA

Verlag: GDA Gesellschaft für Marketing und Service der
Deutschen Arbeitgeber mbh – Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.gda-online.de

Alle Rechte liegen bei der Walter-Raymond-Stiftung

Gestaltung: Jürgens. Design und Kommunikation, www.juergens-dk.de

Printed in Germany

ISBN 978-3-938349-51-9

INHALTSVERZEICHNIS

VORTRÄGE UND BILANZ

ECKART JOHN VON FREYEND

Eröffnung: 50 Jahre Walter-Raymond-Stiftung –
Moderator zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik 7

KARL HOMANN

Ethik, Vertrauen und die Ordnung der Wirtschaft –
was lehrt uns die Finanzkrise? 15

KARL-HEINZ PAQUÉ

Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. . . 25

HANS-JÜRGEN PAPIER

Der gesellschaftliche Diskurs – Grundlage für Politik und
Rechtsprechung in einer freiheitlichen Gesellschaft? 37

CLEMENS FUEST

Herausforderungen bei der Sanierung der Staatsfinanzen. 47

JOHANNA HEY

Welche Finanz- und Steuerverfassung braucht Deutschland? 59

THILO SARRAZIN

Zur Renaissance des regulierenden und schützenden Staates 73

HANS PETER GRÜNER

Systemstabilität oder schöpferische Zerstörung –
Regulierung als öffentliche Aufgabe? 83

ECKART JOHN VON FREYEND

Schlusswort. 99

DIETRICH CREUTZBURG

Bilanz des Kolloquiums: Krisenbekämpfung im Spannungsfeld
von Systemrisiken, Moralansprüchen und „fair value“. 103

ANHANG

Referenten122
Teilnehmer133
Die Walter-Raymond-Stiftung143
Gremien der Walter-Raymond-Stiftung144
Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung.146

VORTRÄGE UND BILANZ

ECKART JOHN VON FREYEND
Eröffnung: 50 Jahre Walter-Raymond-Stiftung –
Moderator zwischen Wissenschaft, Wirtschaft
und Politik

Meine Damen und Herren, zum diesjährigen Kolloquium und zur Feier des 50. Geburtstages der Walter-Raymond-Stiftung begrüße ich Sie sehr herzlich. Die Stiftung wurde 1959 von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gegründet und ist benannt nach ihrem ersten Präsidenten nach dem Krieg. Die Walter-Raymond-Stiftung versteht sich als ein Mittler zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und verfolgt das Ziel, die für das Gemeinwesen relevanten Zukunftsfragen offen und kritisch zu erörtern, unterschiedliche Anschauungsweisen kennen zu lernen und Impulse für das politische und gesellschaftliche Handeln zu geben.

Die von der Stiftung veranstalteten Kolloquien sind interdisziplinär besetzt und genießen in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft hohes Ansehen. Jeder, der mehr als einmal mit dabei war, weiß, dass es kaum eine diskussionsfreudigere Runde gibt. Frei von tagespolitischen Erwägungen will die Walter-Raymond-Stiftung einen Beitrag zur ordnungspolitischen Entwicklung in Deutschland leisten.

An dieser Stelle möchte ich ein besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung an die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände richten – insbesondere an ihre Präsidenten, Schatzmeister und Hauptgeschäftsführer sowie an die Geschäftsführung der Stiftung. Sie haben über 50 Jahre hinweg die Walter-Raymond-Stiftung gefördert und gepflegt. Diese Stiftung und die damit verbundenen Kolloquien und den Geist der Offenheit gäbe es nicht, wenn die BDA nicht diesen langen Atem hätte, der in unserer schnelllebigen Welt ein wohlthuendes Element des Ausgleichs, der Besinnung und der Kohärenz darstellt.

Welche Fundamente gelegt wurden, macht eine kurze Rückschau deutlich. Die ersten Kolloquien (1960) kreisten um die Frage „Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung“. Was hier dann auch zu „Mitarbeiten, Mitgestalten, Mitbestimmen“ oder „Die unternehmerische Verantwortung“ zusammengetragen wurde, lieferte wichtige Argumente in der tief greifenden Auseinandersetzung mit den neomarxistischen 68ern. Es lässt sich sogar ein Bogen der politischen Virulenz der Eigentumsfrage über die Grundentscheidungen im Einigungsvertrag zur Restitution der Eigentümer bis heute zu dem umstrittenen Enteignungsgesetz für die Hypo Real Estate (HRE) Bank spannen.

Sehr früh hat die Stiftung die schwindende Wachstumsdynamik aufgegriffen. In unserer Gesellschaft besteht die Gefahr, „Solidarität und Leistung“ (1978) nicht mehr als die beiden Seiten einer Medaille anzusehen. Mit ihrer Kritik an der wachsenden Versorgung des Einzelnen durch den Sozialstaat, seiner tendenziellen Entmündigung und seinem politisch gezüchteten Anspruchsdenken hat die Stiftung frühzeitig einen notwendigen Bewusstseinswandel zum Thema gemacht.

Die Wiedervereinigung hat sich natürlich in besonderem Maße auf die Themenwahl der Stiftung ausgewirkt, und zwar in zweifacher Weise. Der eine Themenstrang greift die Veränderungen auf den Arbeitsmärkten auf. Erst steht die Tarifautonomie vor dem hohen Erwartungsdruck der Lohnanpassung an das Westniveau; dann führt die hohe Arbeitslosigkeit zu einer stärkeren Dezentralisierung der effektiven Lohnfindung, wie das die Ökonomen nennen. Die Tarifautonomie zeigt sich flexibel genug, den Wandel von der Lohnmaschine zum Garanten des sozialen Friedens zu bewältigen. Jetzt aber finden sich neue Herausforderungen auf der Tagesordnung: Die Eingriffe des Gesetzgebers durch branchenbezogene Mindestlöhne stehen auf der einen Seite, eine Aushöhlung des sozialen Friedens durch Berufsverbände auf der anderen. Ich erinnere hier an die lebhafte Diskussion im letzten Jahr.

Der andere Themenstrang kreist um die unterschiedlichen Facetten der Einbettung unserer Wirtschaft in die EU und in die globale Arbeitsteilung. Wenn man sich vorsichtig an eine vorläufige Bilanz heranwagt, dann könnten zwei Aspekte ins Auge fallen. Zum einen: Die deutsche

Wirtschaft hat ihre Exportquote von etwa 33 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor der Wiedervereinigung auf nun mehr knapp 50 Prozent gesteigert. Das spricht für fleißige Arbeitnehmer, für wagemutige Unternehmer und für richtige politische Entscheidungen. Dazu zählt der Euro, dazu zählt aber auch die Agenda 2010 – und anderes mehr! Den Niederschlag auch unserer Botschaft von 2005 „Den Reformen Perspektive geben“ finden wir dann im Aufschwung der Jahre 2006 bis 2008. Der zweite Aspekt ist das für mich erstaunliche Selbstbewusstsein – oder soll ich sagen: die Gelassenheit? – der breiten Bevölkerung angesichts der weiter heranrollenden Krise. Das mag damit zusammenhängen, dass in anderen Ländern die Krise stärker zuschlägt. Am Megathema Globalisierung werden die grundlegend unterschiedlichen Auffassungen von der Rolle des Staates und des Marktes, die wir ja immer wieder zu beleuchten versuchen, besonders deutlich: Ist staatliche Zuteilung ethisch akzeptabler als die Wohlstandsmehrung durch internationale Arbeitsteilung?

Meine Damen und Herren, auch und gerade für das Kolloquium im Jubiläumsjahr zum Thema „Solide Staatsfinanzen – die Finanzmarktkrise, ihre Folgen und ihre Lehren“ verspreche ich Ihnen interessante Vorträge und lebhafte Diskussionen. Unser heutiges Kolloquium adressiert fraglos eines der ganz zentralen Themen der aktuellen Wirtschaftspolitik. Mehr noch, es ist von eminent ordnungspolitischer Relevanz. Es geht nicht nur um marginale Positionsverschiebungen zwischen Staat und Markt in einer konjunkturell schwierigen Situation, wie wir sie immer in solchen Situationen hatten. Es geht um eine ganze Reihe von Grundsatzfragen:

- Wie viel Staat braucht das Land?
- Wie viel Staat verträgt die Marktwirtschaft?
- Welche Rolle soll und darf der Staat zukünftig in unserer Wirtschaftsordnung spielen?
- Brauchen wir mehr staatliche Regulierung oder nur eine andere, bessere?
- Und was hat uns eigentlich in diese weltweite Doppelkrise geführt: Staatsversagen oder Marktversagen?

Im Moment geht die Entwicklung klar in Richtung Ausweitung der Staatstätigkeit und des Staatseinflusses. Viele halten dies für den auch mittel- und langfristig richtigen Kurs, weil sie eine dauerhaft stärkere Rolle des Staates in unserer Wirtschaftsordnung für erstrebenswert erachten. Ist das wirklich der richtige Weg? Wir müssen auf diese Frage plausible Antworten finden und in die politische Diskussion einbringen.

Die Soziale Marktwirtschaft, ein Garant für Wachstum und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten, befindet sich in ihrem 60. Jubiläumsjahr in ihrer bisher tiefsten Legitimationskrise. Das Vertrauen der Bürger in diese Wirtschaftsordnung schwindet zusehends. Man sucht Sicherheit und Verlässlichkeit, die man in der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr zu finden glaubt, und flüchtet in die vermeintlich starken Arme des Staates. Und nicht wenige in der Politik sind nur allzu gerne bereit, diese Nachfrage zu bedienen, um ihren Einflussbereich auszuweiten und ihre Wahlchancen zu erhöhen. Sie sehen sich nicht zuletzt dadurch bestätigt und unterstützt, dass auch liberal gesinnte Ökonomen in der aktuellen Krise Eingriffe des Staates akzeptieren und sogar fordern, weil sie völlig korrekt feststellen, dass Deutschland in einer keynesianischen Nachfragekrise steckt. Aber, und das ist genauso wichtig, sie akzeptieren zwar eine vorübergehende konjunkturelle Aktivität des Staates, nicht aber eine dauerhafte Verschiebung des Koordinatensystems.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in einer gefährlichen Gemengelage. Es steht mehr als nur ein wenig mehr oder weniger wirtschaftliche Dynamik auf dem Spiel, mehr als nur die eine oder andere marginale Änderung unseres Regulierungsrahmens. In gewisser Weise geht es ums Ganze. Noch, so glaube ich, handelt es sich um eine Krise im System. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass sie sich zu einer Krise des Systems ausweitet.

Den Nährboden für diese Entwicklungen und Fantasien liefert natürlich die aktuelle Krise. Was als amerikanische Immobilien- und Finanzkrise begonnen hat, ist mittlerweile in eine weltweite Rezession gemündet. Prognosen tragen nur noch ein kurzes Verfallsdatum und müssen in rascher Folge nach unten korrigiert werden. Es wird immer wahrscheinlicher, dass das globale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr real sinkt –

ein Novum in der Nachkriegsgeschichte. Nach Gegenkräften sucht man vergebens, alle Regionen der Welt stecken gleichzeitig in der Krise. Hoffnung macht, dass sich die Regierungen und Notenbanken in vielen Ländern tatkräftig der Krise entgegenstemmen. Es war richtig, den Rettungsschirm für den Bankensektor aufzuspannen. Die Politik hat hier erstaunlich schnell, zielstrebig und besonnen reagiert. Ein solch hohes Politiktempo waren wir mit unseren föderalen Entscheidungsstrukturen nicht gewöhnt.

Es war aber auch zwingend nötig, denn es musste ein systemisches Risiko begrenzt werden, es drohten unabsehbare Dominoeffekte auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft. Und niemand kann heute mit Gewissheit sagen, dass das Schlimmste bereits überstanden ist. Richtig war und ist es auch, dass die Politik darüber hinaus konjunkturstabilisierende Maßnahmen ergreift. Die Ökonomen sind sich weitgehend einig, dass wir in einer keynesianischen Krise stecken. Die Nachfrage bricht mit einem Tempo und in einem Ausmaß weg, wie wir es bislang noch nicht erlebt haben. Fast täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften und Rekordmeldungen von einbrechenden Auftragseingängen in zweistelliger Größenordnung. Wenn es jemals eine Periode in der Nachkriegszeit gegeben hat, in der nachfragestützende Maßnahmen seitens des Staates angebracht waren, dann jetzt. Allein in Deutschland hat die Regierung ein Konjunkturprogramm gezimmert, das mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro, verteilt auf zwei Jahre, in eine neue Dimension vorgestoßen ist.

Bei aller Kritik im Detail, setzt es richtige Schwerpunkte:

- Steuerentlastungen
- Beitragssenkungen
- mehr Geld für Infrastruktur

Es erfüllt damit durchaus den selbstgesetzten Anspruch einer „konjunkturgerechten Wachstumspolitik“. Jetzt das zu tun, was unter Wachstumsaspekten immer schon als richtig identifiziert wurde, kann kein Fehler

sein. Ob das für das 100-Milliarden-Garantieprogramm für Unternehmen der Realwirtschaft auch gilt, möchte ich dahingestellt sein lassen und auf die Diskussion warten. Denn natürlich gibt es eine Gegenbuchung. Diese Programme werden über staatliche Kreditaufnahme finanziert und treiben den Staat nach einer mühsamen, aber erfolgreichen Konsolidierungsphase wieder stark in die roten Zahlen. 2008 hatte der Staat fast den Budgetausgleich geschafft, der Finanzierungssaldo belief sich auf nur noch 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In diesem Jahr wird das Defizit vermutlich mindestens drei Prozent erreichen und somit gerade noch Maastricht-konform sein. Im nächsten Jahr dürfte diese Marke wohl deutlich gerissen werden.

Ich stimme dem Bundesfinanzminister ausdrücklich zu: Wenn es brennt, dann muss gelöscht werden. Wir alle freuen uns über eine leistungsfähige und erfolgreiche Feuerwehr. Aber es muss auch klar sein: Kein Mensch käme auf den Gedanken, die Feuerwehr auch mit der Pflege und Bewässerung der Grünanlagen zu beauftragen. Die Feuerwehr ist kein Gärtner und der Staat taugt weder zum Unternehmer noch zum rettenden Insolvenzverwalter. Wir dürfen deshalb die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mittelfristig nicht aus dem Auge verlieren. Jetzt höhere Defizite zuzulassen, ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch ökonomisch geboten. Genauso richtig ist aber auch, dass im nächsten Aufschwung die Haushalte wieder in Ordnung gebracht werden müssen. Denn gesunde öffentliche Finanzen sind ein Wachstumstreiber.

Dauerhaft defizitäre Staatshaushalte und hohe Staatsschulden stellen eine Belastung für die Wirtschaft dar. Sie drücken das Wachstumspotenzial und damit unsere zukünftigen Expansionsmöglichkeiten. Es ist deshalb zu begrüßen, dass sich der Bund und die Bundesländer darauf verständigen, eine Schuldenbegrenzung im Grundgesetz festzuschreiben. Dies signalisiert den Willen, nach der Krise wieder ausgeglichene Haushalte anzustreben. Allerdings ist der Zeitplan wenig ehrgeizig gesetzt.

Ob wir aus der Krise lernen und vielleicht sogar gestärkt herauskommen, entscheidet sich vor allem an dieser Front. Es bedarf eines

glaubwürdigen Konsolidierungsplans. Denn sonst erwarten Bürger und Unternehmen zu Recht zusätzliche Steuer- und Abgabenlasten in der Zukunft, was eine schwere Hypothek für eine kraftvolle Erholung nach der Krise wäre.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer turbulenten Zeit. Möglicherweise wird diese Zeit als ein Wendepunkt hin zu einem neuen wirtschaftspolitischen Paradigma in die Lehrbücher der Wirtschaftsgeschichte eingehen. Möglicherweise wird aber auch geschrieben werden, dass es gelungen ist, sich nach überstandenen schmerzlichen Anpassungsprozessen auf alte Grundsätze neu zu besinnen. Vielleicht erleben wir ja auch eine Renaissance der Ideen von *Eucken*, *Müller-Armack* und *Erhard* – mit einem schlanken und gerade deshalb starken Staat. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, sich schon jetzt mit diesen Fragen zu beschäftigen und gangbare Wege aus der Krise, aber auch für die Zeit danach aufzuzeigen.

Wir freuen uns außerordentlich, dass wir auch in diesem Jahr wieder sehr hochkarätige Referenten gewinnen konnten, die man in diesem Kreis sicher nicht vorstellen muss. Sie sind national und über die Landesgrenzen hinweg als exzellente Vertreter ihrer Profession bekannt. Ich darf mich daher jetzt schon ganz herzlich bei allen Referenten für ihre Bereitschaft bedanken, auf dieser Jubiläumstagung einen aktiven Part zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte damit meine Einführung schließen, Sie nochmals sehr herzlich begrüßen und uns allen einen informativen Tag wünschen. Wir beginnen mit einem Vortrag von *Professor Dr. Dr. Karl Homann* von der Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Philosophie und Ökonomik. Sein Thema lautet: „Ethik, Vertrauen und die Ordnung der Wirtschaft – was lehrt uns die Finanzkrise?“.

Sehr geehrter Herr Professor Homann, wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen.